

# Begriff des IPR

Internationales Einheitsrecht

Materielle Normen für Auslandssachverhalt

Kollisionsrecht

# Kollisionsrecht

## Sachverhalt

SPANIER verstirbt mit gewöhnlichem Aufenthalt in DEUTSCHLAND  
hatte Grundstück in Frankreich

Deutsches  
Recht  
EU-ErbVO

Französisches  
Recht  
Art 3a II aF EGBGB  
+ Art 3 code civil

Spanisches  
Recht  
Art 25 I aF EGBGB

# andere Rechtskollisionen

Interlokale Rechtsspaltung

California

New York

Nevada

Hawaii

Florida

Interpersonale Rechtsspaltung

sunni

katholisch

jüdisch

Shi'i

Intertemporale Kollision

1.7.1998

Nichtehelich / Ehelich

.....

# Interessen im IPR

GG

nicht: materielle Gerechtigkeit

nicht: staatliches Interesse am eigenen Recht

Suche nach - abstrakt -sachverhaltsangemessener Rechtsordnung

Individualinteresse  
zum Schutz eines  
Beteiligten

neutrale Anknüpfung  
zum  
Interessenausgleich

Parteiautonomie

# Entscheidungseinklang

Ehegüterrecht

Abstammung

Ehegattenerbrecht

Rente

wirksame Ehe

Interner Einklang:

gleiche Beurteilung in allen Fällen im Inland

Externer Einklang:

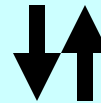
gleiche Entscheidung des Falles in verschiedenen Ländern

Völkervertragliches IPR

# Rechtsquellen des IPR

Art. 3 – 48 EGBGB

Nebengesetze



Art 3 Nr 2 EGBGB

Völkervertragliche Abkommen

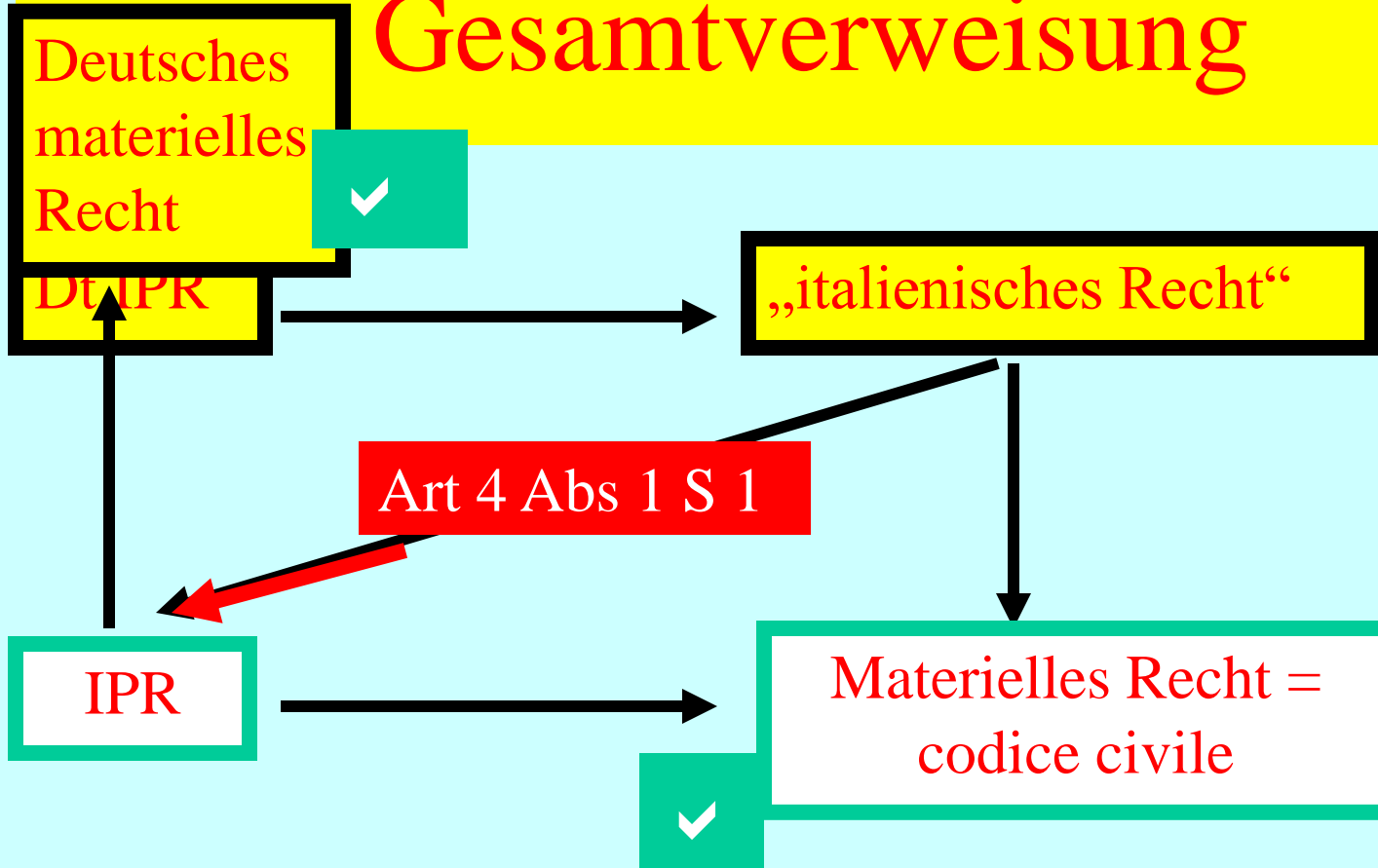
Haager Abkommen

Ehemals: EU/EWG-Abkommen  
Neu: EG/EU-Verordnungen

Genfer Flüchtlingskonvention

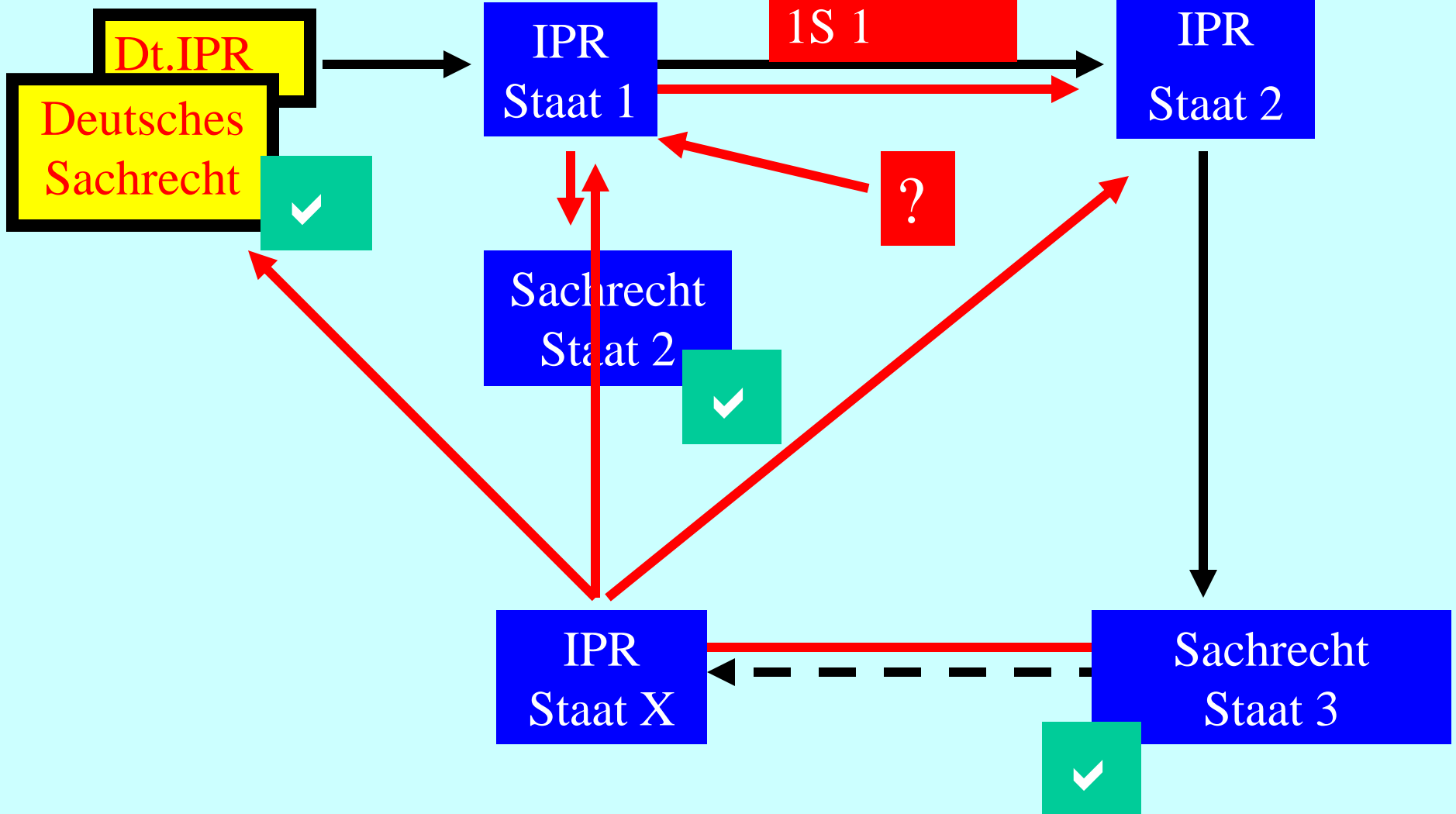
Art 4 Abs 1  
S 2

# Gesamtverweisung



# Weiterverweisung

Art 4 Abs  
1S 1





# Sachnormverweisung

Ausdrücklich (Art 4 Abs 2 S 1)



zB: Art 35 aF  
Keine Weiterverweisung

Rechtswahl

Art 4 Abs 2 S 2

nur Sachnormverweisung

Art 4 Abs 1 S 1:

„...Sinn der Verweisung...“

qualifizierter  
Sinn

zB: alternative  
Anknüpfung



zB Art 19 Jedenfalls auch  
Sachnormverweisung

„engste Verbindung“



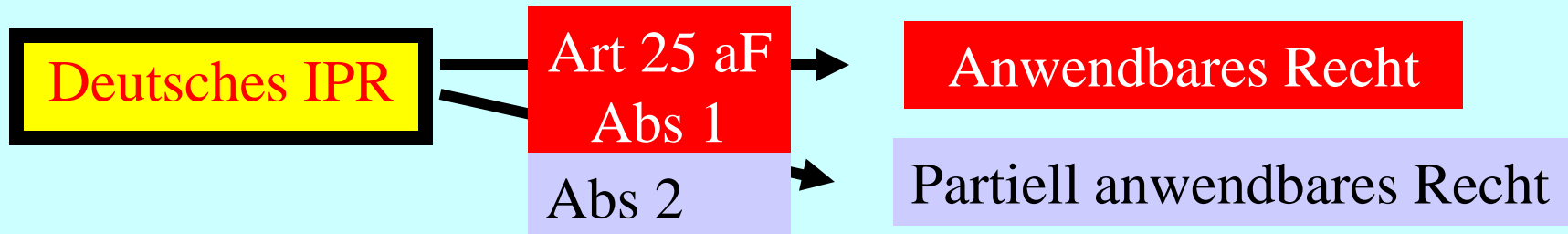
Sachnormverweisung  
wenn Primäranknüpfung

strittig



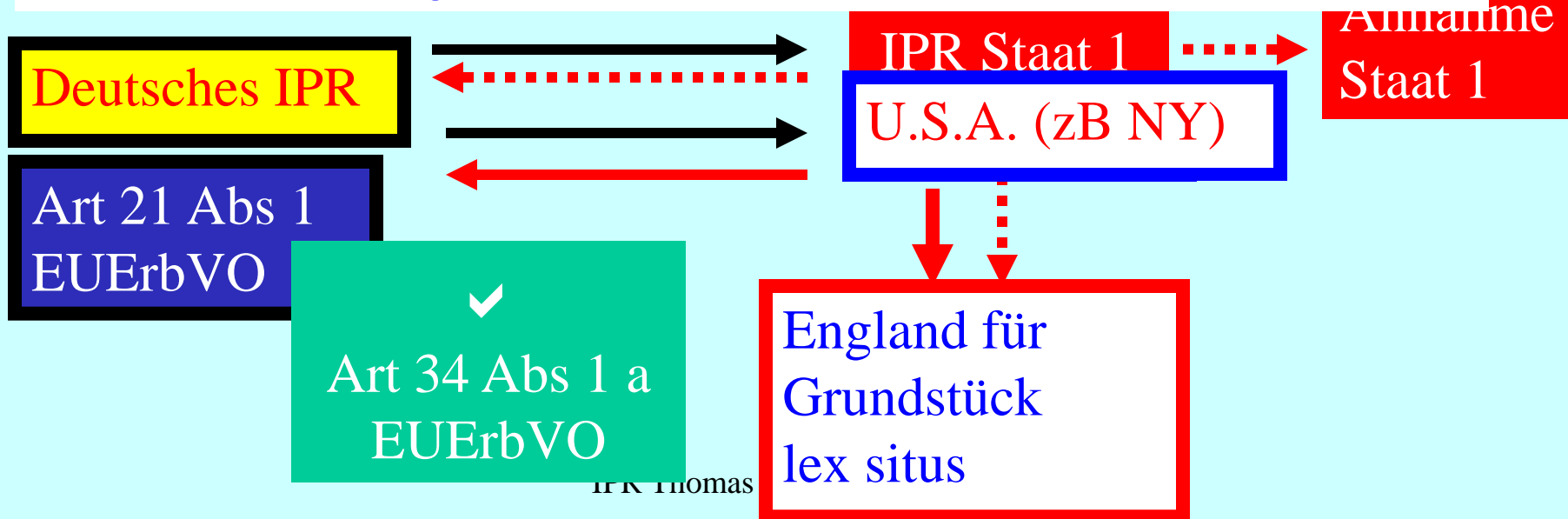
Gesamtverweisung, wenn nur Hilfsanknüpfung  
zB Art 14 Abs 1 Nr 3 aF, Art 14 Abs 2 Nr 4 nF

# Gespaltene Verweisung



# Gespaltener Renvoi

Deutscher lebte in N.Y. verstirbt nach 17.8.2015 und hat Grundstück in England



# Verweisung in Mehrrechtsstaaten

Dt. IPR

zB: BR Yug

Mehrrechtsstaat

Rückverweisung

einheitliches IPR ?

ja

WeiterVerw Staat 2

Annahme der Verw

Welche  
Teilrechtsordnung?

einheitliches internes  
Kollisionsrecht ?

ja

Dieses interne  
Kollisionsrecht  
entscheidet

nein

Art 4 Abs 3 S 2

Art 4 Abs 3 S 1

nein

IPR Thomas Rauscher

Sehr selten bei  
einheitlichem IPR  
zB: Staaten mit  
religiösen Gerichten

Engste  
Verbindung zu  
Teilrechts-  
ordnung

einheitliches IPR ?

nein ↓

zB U.S.A.

Dieses Mal auf IPR-Ebene !!

Unteranknüpfung einheitliches internes Kollisionsrecht ?

ja →

Dieses interne Kollisionsrecht entscheidet

Art 4 Abs 3 S 1

nein ↓



Engste Verbindung zu Teilrechtsordnung

Art 4 Abs 3 S 2

Sehr selten, wenn bereits das IPR gespalten ist zB Mexico

Rückverweisung

IPR einer Teilrechtsordnung

→

Annahme

Erblasser letzter gewöhnlicher Aufenthalt in NY

Weiterverweisung

# Sachnormverweisung in Mehrrechtsstaat

Dt. IPR  
Sachnormverweisung

Mehrrechtsstaat

einheitliches internes  
Kollisionsrecht ?

nein

ja

Engste Verbindung zu  
Teilrechtsordnung

Art 4 Abs 3 S 2

Dieses einheitliche interne  
Kollisionsrecht  
entscheidet

Art 4 Abs 3 S 1

Materielle Teilrechtsordnung

# „Bezeichnung“ der maßgeblichen Teilrechtsordnung durch deutsches IPR

Art 4 Abs 3 S 1 Hs 2

Deutsche  
Sachnormverweisung

„Bezeichnung“

„bezeichnete“  
materielle  
Teilrechtsordnung

Deutsche Gesamtverweisung



streitig

einheitliches  
IPR nimmt  
Verweisung an

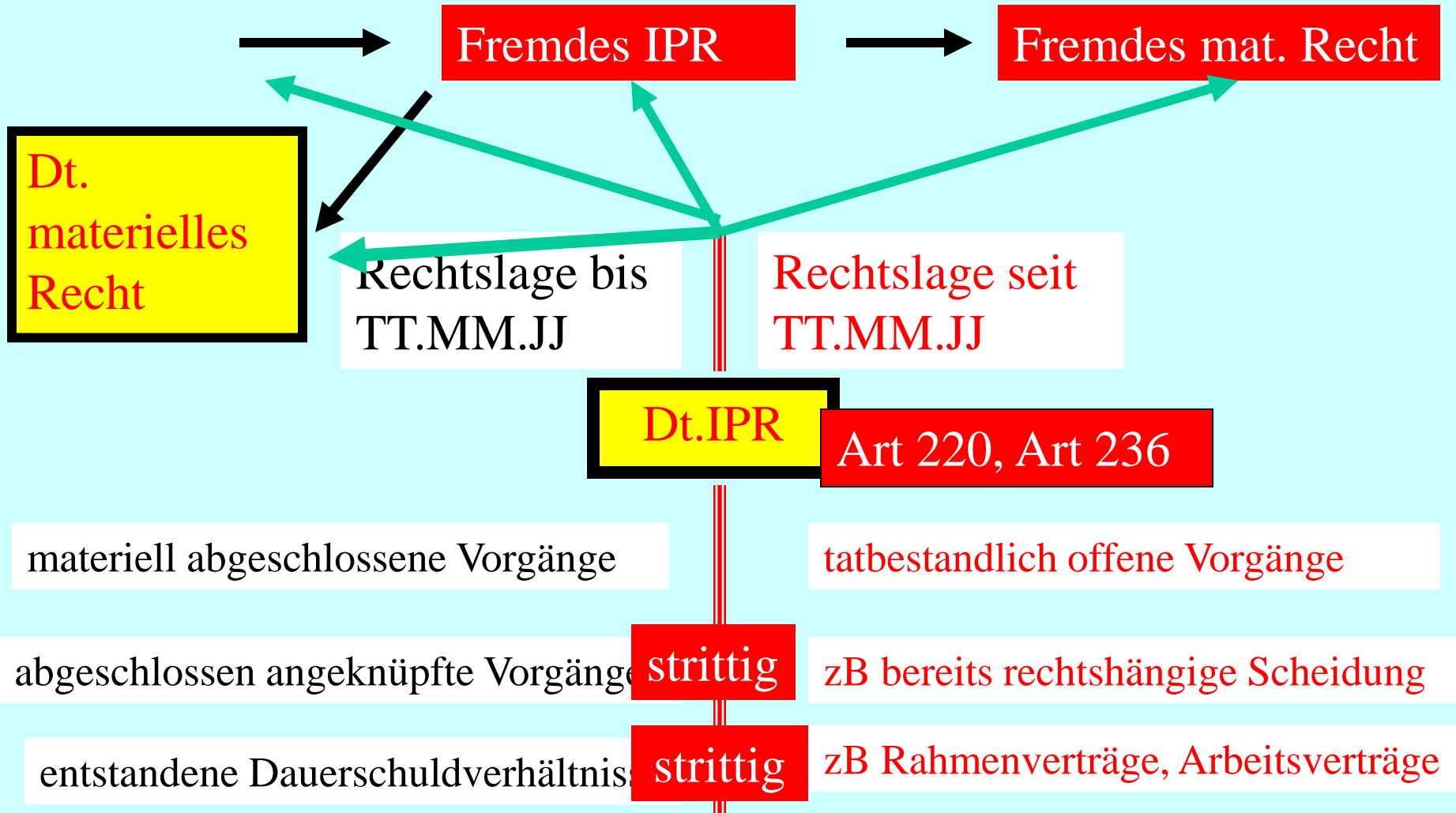
Vom fremden  
Recht bestimmte  
materielle  
Teilrechtsordnung

Kein  
einheitliches  
fremdes IPR

„Bezeichnung“

„bezeichnete“ IPR-  
Teilrechtsordnung

# Intertemporale Kollision (Überleitungsregeln)



# Änderung von Anknüpfungskriterien - Statutenwechsel

unwandelbare Anknüpfung  
ein Einsatzzeitpunkt maßgeblich

Art 15 Abs 1 aF  
Eheschließung vor 29.1.19

wandelbare Anknüpfung  
Änderung mit Kriterienänderung

Art 14 Abs 1 aF  
Anknüpfungzeitpkt vor 29.1.19

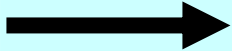
Türke



Griechin

2.1.1999

Türkin



ab 5.1.00

ab 29.1.19

Art 14 Abs 1 Nr 2 aF  
gew. Aufenthalt

Art 14 Abs 1 Nr 1 aF:  
gemeinsame STA

Art 14 Abs 2 Nr 1 nF:  
gew. Aufenthalt

15 Abs 1 aF  
Ehegüterstatut unwandelbar  
„bei der Eheschließung“  
Bleibt: Art 69 III EU-EheGüVO

mas Rauscher

Grundsatz:  
erworbene Rechte  
bleiben bestehen



# Qualifikationsunterschiede

**BGB**

Ehegüterrecht  
Erbrecht  
Ehewirkungen  
Verlöbnis  
Verjährung  
Zivilprozess

**IPR**

Ehegüterstatut  
Erbstatut  
Ehewirkungsstatut  
Namensstatut  
???  
Lex fori

**Verwiesenes Recht**

„matrimonial property“  
Aneignungsrecht des  
Staates  
Klageverjährung  
mahr („Morgengabe“)  
Delikt

**1. BGB/IPR**

zB: Ehe name

IPR entscheidet

**2. BGB/IPR/IPR**

zB: § 1371 Abs 1

Funktion im deutschen Recht

**3. BGB/ausld Re**

zB: Klageverjährung

Funktion im deutschen Recht

**4. ausld Recht**

zB: mahr

**strittig**

Funktionsäquivalent im dt Recht

**5. Renvoi**

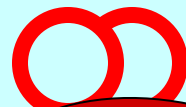
zB: Verlöbnisbruch

Verwiesenes IPR entscheidet

# Vorfrage

Haben immer in  
Deutschland gelebt

Italiener



Österreicherin



Sohn

Wahl nach  
Art 22 Abs 1  
EUErbVO

art 566 cc:

...cedono i **figli**...

art 581 cc:

...il **coniuge** ha diritto alla metà...

Art 15 Abs 1 aF

§ 1371 Abs 1 BGB [oder § 1372 analog?]

Art 14 Abs 1 Nr 2 aF

...des überlebenden **Ehegatten**...

Vorfrage nach lex fori beantworten

NEIN: fehlt Ermittlung anwendbaren Rechts  
Ausnahme: Vorfrage verhindert Anknüpfung  
(Abstammung bestimmt StA, die von Abstammung abhängt)

Vorfrage nach lex causae beantworten

NEIN: fehlt Ermittlung anwendbaren Rechts. Auch  
EU-ErbVO erfasst nicht Familienstand Art 1 Abs 2

Selbständige Anknüpfung

Dt. IPR (Vorfragenstatut)

evtl. Verweisungskette

Selbständiges Vorfragenstatut

Interner Entscheidungseinklang

Kind ? Art 19 EGBGB  
Ehegatte? Art 13 EGBGB

Unselbständige Anknüpfung

IPR der Hauptfrage (Vorfragenst.)

Kind (Erbrecht): italien. IPR  
Ehefrau (Erbrecht): italien IPR  
Ehefrau (Güter): EGBGB

Evtl. Verweisungskette

Unselbständiges Vorfragenstatut

Externer Entscheidungseinklang

# Ausnahmen unselbständige Anknüpfung

Name

Art 10: Heimatrecht



Name hat  
Identifikationsfunktion

Namensstatut enthält  
familienrechtliche  
Vorfrage (Ehe, Kind)

Unselbständige  
Anknüpfung nach IPR  
des Namensstatuts

Fremde StA

Recht des betroffenen  
Staates



StA berührt  
Hoheitsinteressen

Entscheidung  
familienrechtlicher  
Vorfragen wie dieses  
Recht

Völkervertragliche  
Kollisionsnorm

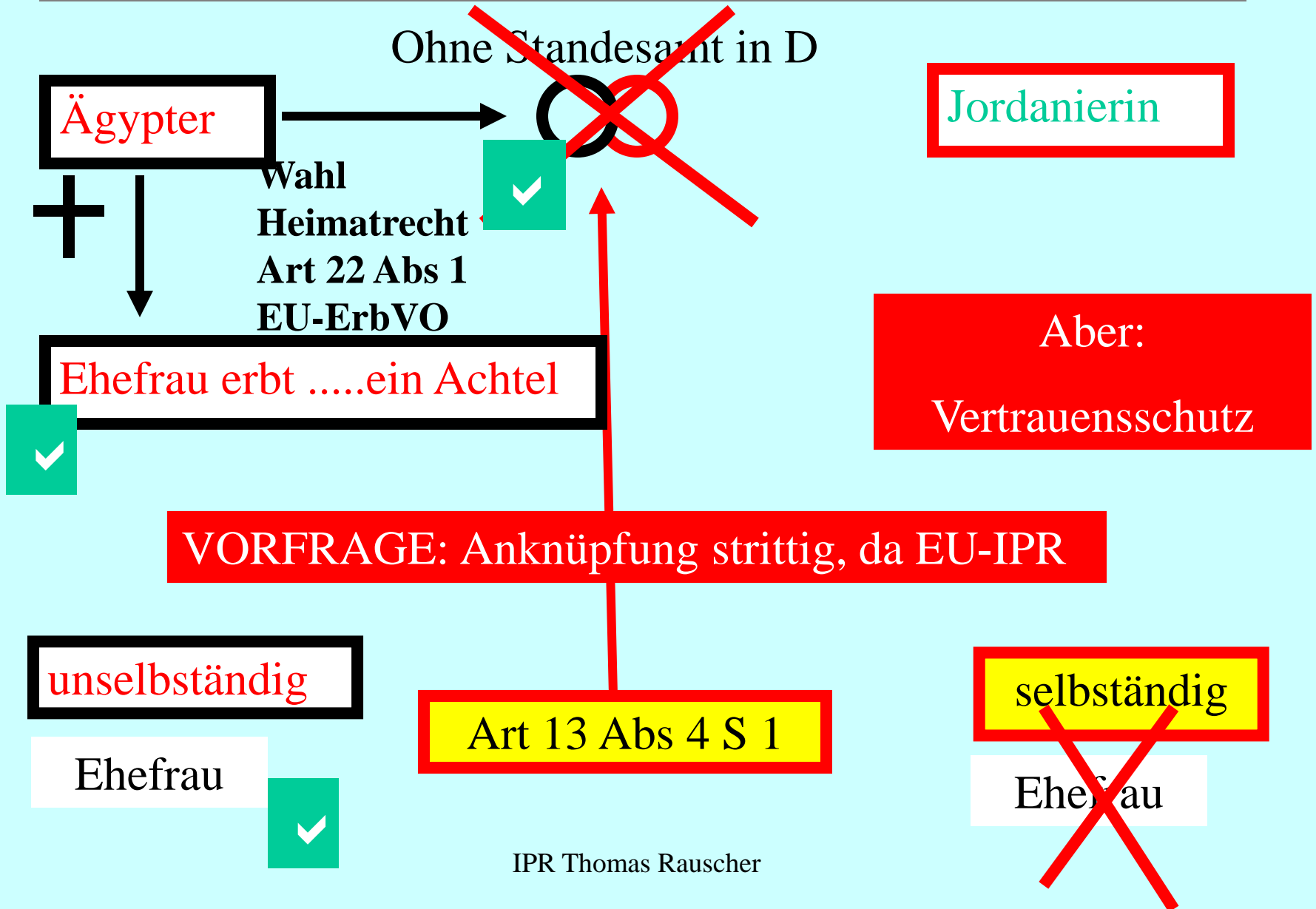
EU-IPR? (ErbVO!)

einheitliche  
Anwendung in allen  
Vertragsstaaten



alle Vorfragen  
unselbständig anknüpfen

# Hinkende Statusverhältnisse/Vorfrage



# Namensstatut

Art 10 Abs 1

Grundsatz: Personalstatut

Qualifikation

auch familienrechtliche Namensänderungen

Vor-, Mittel-, Nachname, Namensänderung

Namensschutz: deliktische Qualifikation

Wandelbarkeit durch Statutenwechsel (neues Personalstatut)

altes Personalstatut

Namensbildung bis zum  
Statutenwechsel

neues Personalstatut

Übernimmt Namen in  
bisheriger Form und Führung  
bestimmt (nur) über spätere  
Namensänderungen

Namens-Anpassung Art 47

EU: Anerkennung registrierten Namens aus Mitgliedstaat

Geregelt durch Art 48 EGBGB Namenswahl

Erweiterung auf Staatsangehörigkeit des Registerstaates?

# Namensstatut: Wahl durch Ehegatten

Art 10 Abs 2

...ihren...Namen wählen...nach dem Recht eines Staates...

Wortlaut: materielle Namenswahl

Implizit zunächst Rechtswahl (IPR)

gilt auch, wenn gewähltes Recht Namen kraft Gesetzes festlegt

Namens-Anpassungsinteressen

nur bestimmte Rechte wählbar:

Anpassung an vertraute  
Rechtsordnung

Nr 1

ein Heimatrecht eines Ehegatten

Effektivität (Art 5 Nr 1)  
unerheblich

Integration in  
Lebensumgebung

deutsches Recht bei deutschem  
gewöhnlichem Aufenthalt

IPR Nr 2 deutscher

# Namensstatut: Wahl des Kindesname **Art 10 Abs 3**

Namensstatutwahl

Nr 1

ein Heimatrecht eines Elternteils

Nr 3

oder eines Namen Erteilenden

Nr 2

Deutsches Recht bei deutschem  
gewöhnlichem Aufenthalt eines  
Elternteils

Wahl des Ehenamens

Einfluss auf Kindesnamen

**Abs 2 S 3: § 1617c BGB**

Ab 5. Lebensjahr: Anschließung erforderlich

Ab 14. Lebensjahr höchstpersönlich

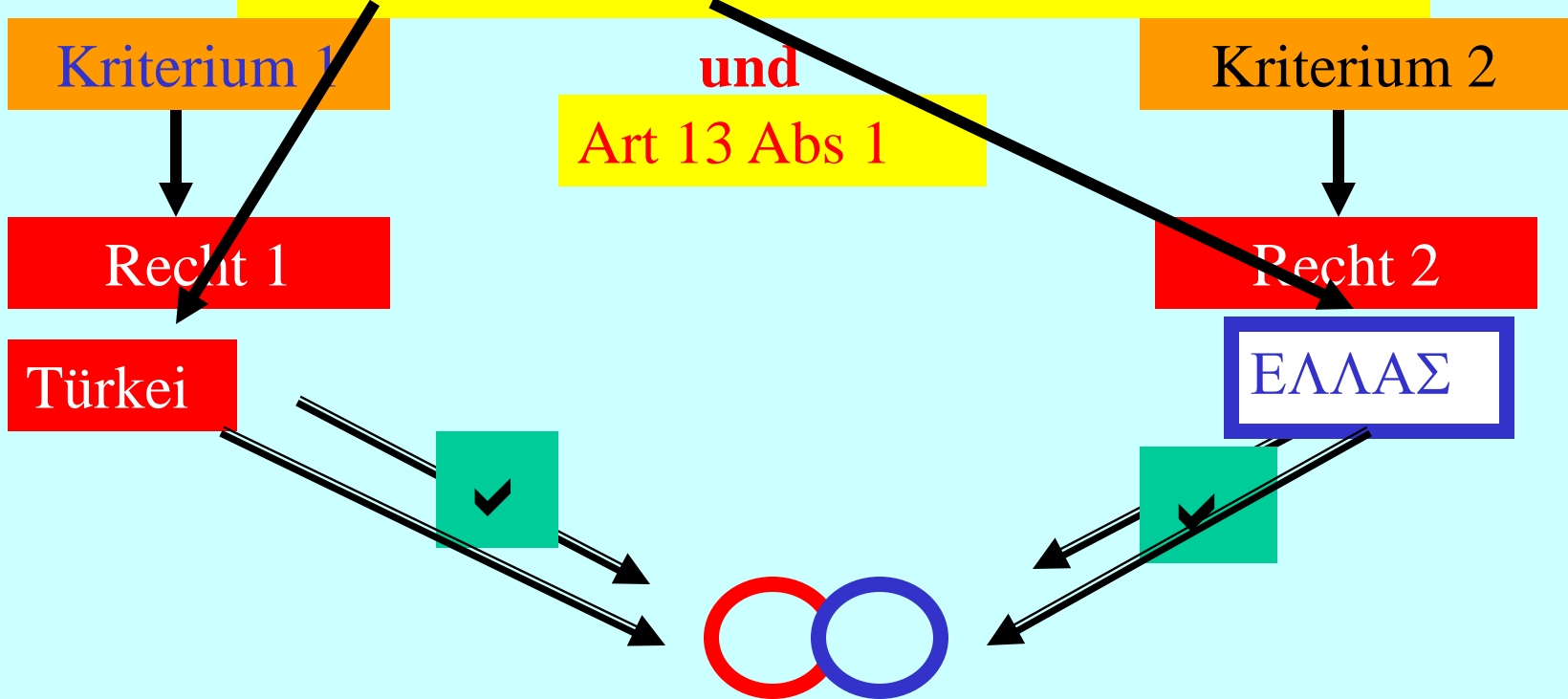
Dagegen: Namensstatutwahl nach Abs 3 unbefristet

Gefahr der Namens-Desintegration durch Sorgeberechtigten



# Kumulative Anknüpfung

Türke und Griechin heiraten in Deutschland

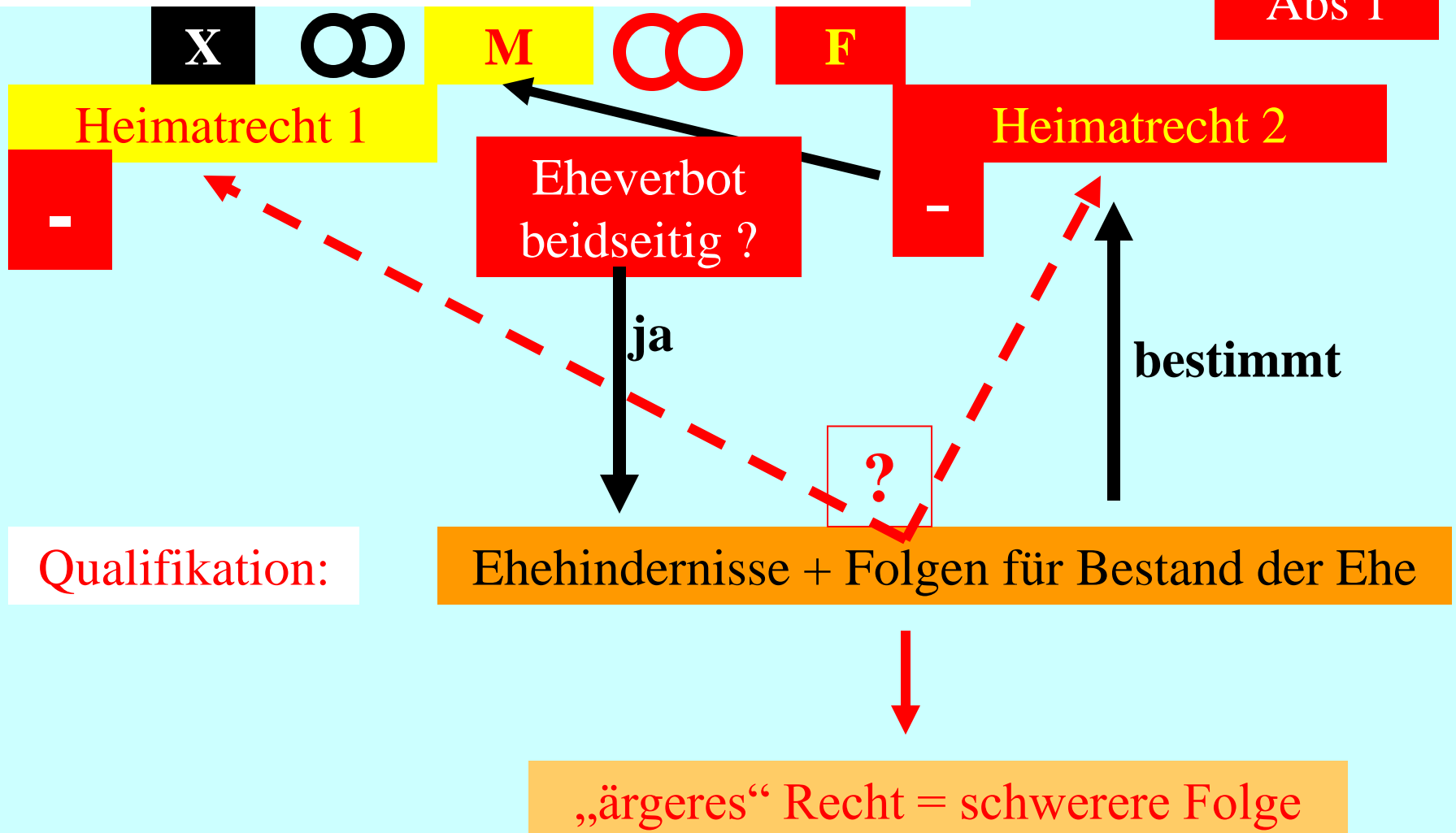


Ziel: Rechtsfolge tritt nur dann ein, wenn allen betroffenen Rechten genügt ist

# Eheschließung (materiell)

Art 13

Abs 1



# Eheschließung (materiell)

Art 13

Unwandelbarkeit

Zeitpunkt: Eheschließung



Keine Heilung von Mängeln  
durch Statutenwechsel

Aber: Art 6 GG wenn neues  
**gemeinsames** Heimatrecht den  
Mangel heilt

Abs 2 =

Schutz der  
Eheschließungsfreiheit

„Spanierbeschluss“ BVerfGE 31,58

- Deutsche StA oder gew Aufenthalt eines Verlobten
- zumutbare Schritte unternommen
- Unvereinbarkeit mit Eheschließungsfreiheit

insbes: deutsche Scheidung von Heimatstaat nicht anerkannt  
Keine Lösung durch Befreiung von Ehefähigkeitszeugnis, da  
Ehehindernis nach Heimatrecht **besteht**

# Eheschließung (materiell)

Art 13 Abs 3

KinderehebekämpfungsgG

Ehemündigkeit eines Verlobten nach ausländischem Recht (Abs 1)

Dieser Verlobte hatte bei Eheschließung 16. Lebensjahr nicht vollendet:

Art 13 Abs 3 Nr 1: Ehe unwirksam (ohne Beschluss hinkend)

- nicht anwendbar (Art 229 § 44 Abs 4 EGBGB)
  - wenn der Ehegatte vor dem 22.7.1999 geboren
  - oder kein Ehegatte erlangt gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland vor Volljährigkeit des minderjährig Eheschließenden

Dieser Verlobte hatte bei Eheschließung 16., nicht aber 18. Lebensjahr vollendet:

Art 13 Abs 3 Nr 2: Ehe aufhebbar nach D Recht (§§ 1313 ff BGB)

- Keine zeit-/räumliche Einschränkung (Art 229 § 44 Abs 4 enthält keine Regelung, Art 229 § 44 Abs 1 gilt nicht für Art 13 Abs 3)

- Ehe wirksam geschlossen in EU-Mitgliedstaat: Art 45, 49 AEUV

# Alternative Anknüpfung

– Italiener mit Wohnsitz New York testiert handschriftlich in D

Kriterium 1

oder

Kriterium 2

oder

Kriterium 3

Art 1 Haager TestamentsformÜbk  
(vgl Art 75 Abs 1 EUErbVO)

Recht 1

Recht 2

Recht 3

Italien

NY

Deutschland

?

!

✓

Ziel: Formwirksamkeit

Ziel: erwünschte Rechtsfolge erreichen

# Eheschließung (Form)

Art 13 Abs 4

Art 11 Abs 1

Eheschließung im Inland

Nur Form § 1310 BGB

Ortsform

~~Nichtehe~~

~~Geschäftsform~~

Ausnahme:

Art 13 Abs 4 S 2

- kein Verlobter Deutscher
- von einem Heimatstaat ermächtigte Eheschließungsperson

Eheschließung im Ausland

Ortsform

o d e r

Geschäftsform (13 Abs 1)

=

kumulative Beachtung  
der Form beider  
Heimatrechte

Folge von Formmängeln:  
verletztes

bzw „ärgeres“ Recht

# Verlöbnis

Eingehung

materielle Voraussetzungen analog Art 13 Abs 1

Form: Art 11

Wirkungen

(Verlöbnisbruchansprüche)

Kumulation beider Heimatrechte ?

Heimatrecht des Gläubigers?

Heimatrecht des Schuldners?

Art 14 Abs 1 analog

bisher hM

vordringend

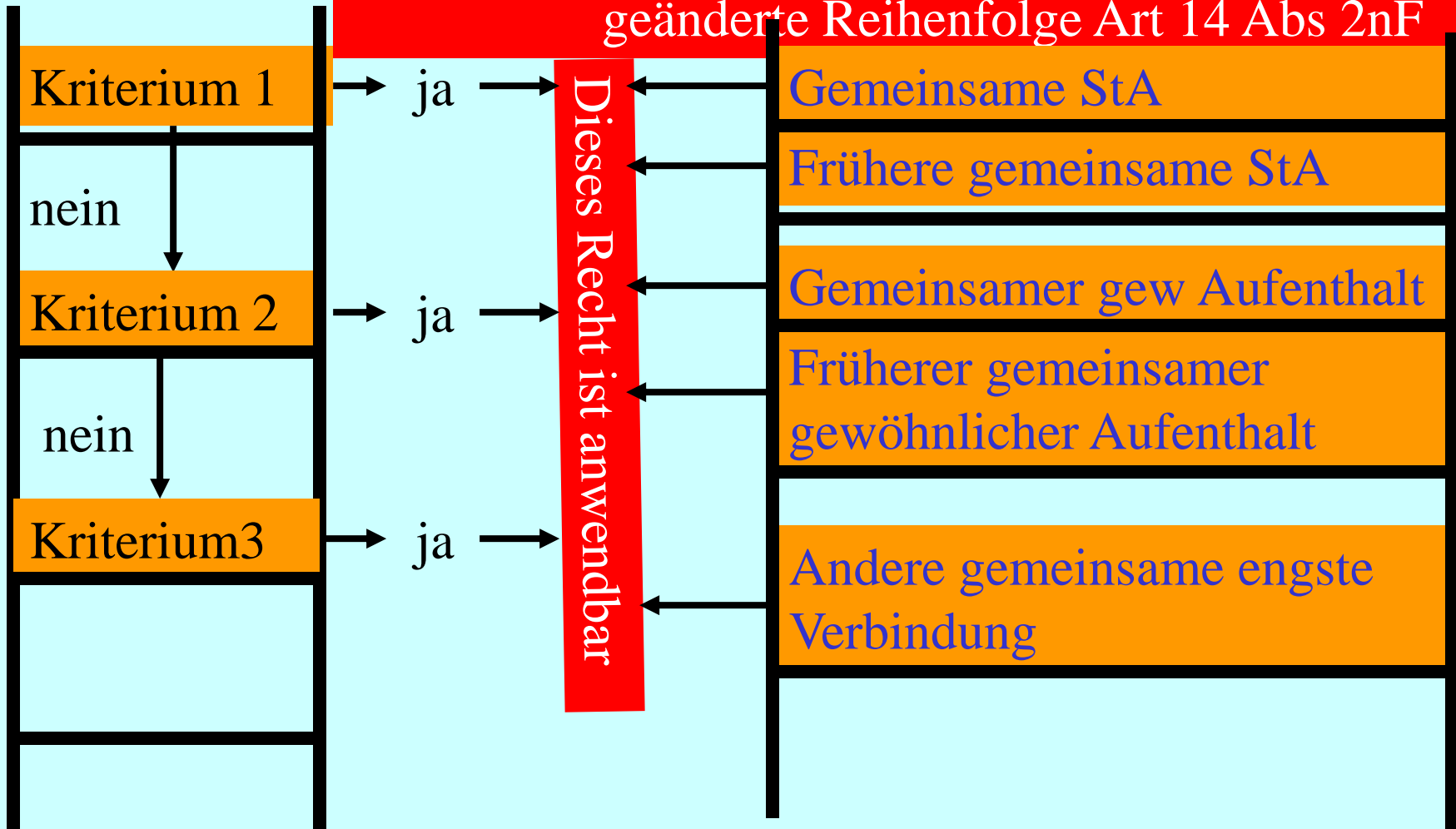
Qualifikation

- Schadensersatz, Genugtuung
- Rückgabe Geschenke
- auch Ansprüche Dritter

konkurrierende  
Deliktsansprüche nicht  
akzessorisch angeknüpft

# Subsidiäre Anknüpfung

Ehewirkungsstatut Art 14 Abs 1aF (bis 28.1.2019)  
geänderte Reihenfolge Art 14 Abs 2nF





# Ehewirkungsstatut

Qualifikation

Geringe unmittelbare Bedeutung  
Problem: Verhältnis zu Art. 17a

Konzeption als „Familienstatut“, durch  
EU-Recht weitgehend obsolet

aber: verschiedene  
„Anknüpfungzeitpunkte“

Unwandelbar:  
Eheschließung

Zeitpunkt:  
Scheidungsantrag

Unwandelbar:  
Geburt

Zeitpunkt:  
Adoption

Art 14

Art 15 Abs 1aF

Eheschließung  
bis 28.1.2019

~~Art 17 Abs 1 aF~~

Art 19 Abs 1 S 3

~~Art 22 Abs 1 S 2 aF~~

# Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 1 aF: für Art. 15 aF bei Eheschließung vor 29.1.19

Subsidiäre Anknüpfung (Anknüpfungsleiter)

Gesamtverweisung  
Art 4 Abs 1?

gemeinsames Heimatrecht

Abs 1 Nr 1



Letztes gms H.R. das einer beibehalten

gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt

Abs 1 Nr 2

Letzter gms gewöhnlicher Aufenthalt den einer beibehalten

gemeinsame engste Verbindung in sonstiger Weise

Abs 1 Nr 3

Problem bei Art 15  
Abs 1aF iVm Art  
14 Abs 1 Nr 3 aF

Auch Zukunftspläne (BGH: ja)  
Sonst bestimmt zufällige gemeinsame  
lose Verbindung dauerhaft das  
Ehegüterstatut

# Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 2 ab 29.1.2019  
Wirkungen auch in bestehenden  
Ehen (Art. 229 § 47 Abs 1)

Subsidiäre Anknüpfung (Anknüpfungsleiter)

gemeinsamer gew. Aufenthalt

Abs 2 Nr 1

Letzter gemeinsamer gew. Aufenthalt (einer beibehalten)

Abs 2 Nr 2

Gemeinsame Staatsangehörigkeit

Abs 2 Nr 3

gemeinsame engste Verbindung in sonstiger Weise  
(fallweise auch frühere gemeinsame StA)

Abs 2 Nr 4



Gesamtverweisung Art 4 Abs 1  
wie bisher

Problem bei Art 15 Abs 1 aF entfällt:

Bei Eheschließung ab 29.1.2019: EU-EheGüterVO

# Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 2, 3 aF  
bis 28.1.2019  
für Art. 15 aF kaum  
bedeutend wg Art 15 Abs 2

## Rechtswahl

3 Fallgruppen

nur bestimmte Rechte wählbar

ein Ehegatte Mehrstaater

Abs 2

beliebiges (nicht Art 5 Abs 1)  
**gemeinsames** Heimatrecht

-kein gms Heimatrecht  
- gemeins. Aufenthaltsstaat  
ist kein Heimatstaat

Abs 3 Nr 1

beliebiges (auch  
gemeinsames) He

- kein gms Heimatrecht  
- kein gewöhnl Aufenthalt  
im selben Staat

Abs 3 Nr 2

Endet bei  
Erwerb einer  
gemeinsamen  
Staatsang.keit  
(Art 5 Abs 1)  
Abs 3 S 2

Abs 4

Notariell beurkundet – im Ausland genügt Ehevertragsform

# Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 1  
ab 29.1.2019

Rechtswahl nun Abs 1 – Vorrang jedoch schon bisher

Keine  
beschränkten  
Fallgruppen

nur bestimmte Rechte wählbar

Abs 1 S 2

- Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt  
(dann nur durch Rechtswahl wandelbar)
- Letzter gms gewöhnlicher Aufenthalt,  
wenn von einem beibehalten
- Ein Heimatrecht ungeachtet Art 5 Abs 1

Nr 1

Nr 2

Nr 3

Notariell beurkundet – im Ausland genügt Ehevertragsform

Abs 1 S 3, 4

Wesentliche Erweiterung: Heimatrecht eines Ehegatten auch bei StA  
des anderen Ehegatten zum gemeinsamen Aufenthaltsstaat wählbar

# Ehegüterstatut

Eheschließung bis 28.1.2019  
Art 15 aF (gilt trotz Streichung!)

Eheschließung + Rechtswahl  
ab 29.1.2019: EU-EheGüterVO

## Qualifikation

Sonderordnung des Vermögens  
aufgrund Ehe:

- gesetzliche Güterstände
- Vertragsgüterstände

Grundsätzlich ebenso  
Art 3 Abs 1 lit a, Art 27 lit d  
umfasst teils persönliche  
Vermögenswirkungen

Schuldstatut:

- ehebedingte Zuwendung
- Arbeitsverträge
- Ehegatteninnengesellschaft

Qualifikation des  
„Nebengüterrechts“ fraglich  
Art 27 lit e: Teilung, Aufteilung  
BGH: wohl auch *mahr*

Andere vermögensrechtliche Fragen:

- Unterhalt: Haager Übk/Protokoll
- VersorgungsA: Art 17 Abs 3aF

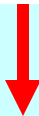
unverändert  
VA nun Art. 17 Abs 4

# Ehegüterstatut

Art 15 Nr 1 aF

Anknüpfung

Ehewirkungsstatut im Zeitpunkt der Eheschließung



einheitlich  
unabhängig von  
Art und Lage des  
Vermögens

unwandelbar  
unabhängig von späterer  
Änderung des  
Ehewirkungsstatuts



aber Spaltung  
durch renvoi  
möglich

Intertemporale  
Frage  
bestimmt

aber keine  
„Versteinerung“

N.Y.

real property:  
lex situs

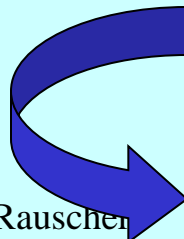
personal property:  
domicile

Berufenes Ehegüterstatut

Bis 1960: Güterstand A

1961-1970: Güterstand B

Seit 1971: Güterstand C



# Ehegüterstatut

Art 15 Abs 2 aF

Art 14 Abs 2,3 aF



Gewähltes  
Ehwirkungsstatut

Rechtswahl

Ehegüterstatut



Unmittelbare  
Güterstatutswahl in  
allen Ehen möglich

Aber nur bestimmte  
Rechtsordnungen wählbar:

Abs 2 Nr 1

- ein beliebiges Heimatrecht

Abs 2 Nr 2

- Recht des gewöhnlichen  
Aufenthalts eines der Ehegatten

Abs 2 Nr 3

- lex rei sitae für Immobilien

größere Anpassungsfreiheit  
der Ehegatten als bei Art 14 aF

Form: wie Art 14 Abs 4 aF

Art 15 Abs 3 aF



### Grundsätze:

Universelle Anwendung, auch Recht Nicht-Mitgliedstaates	Art 20
Einheitliches Statut ungeachtet der Belegenheit	Art 21
Unwandelbarkeit außer durch Rechtswahl	Art 26
Keine Spaltung durch Renvoi möglich (anders als EU-ErbVO)	Art 32
Unteranknüpfung bei interlokalen Mehrrechtsstaaten	Art 33
Unteranknüpfung bei interpersonalen Mehrrechtsstaaten	Art 34

# Ehegüterstatut

EU-EheGüterVO

Art 22

Rechtswahl

Wählbare Rechte

Abs 1

a) Gewöhnlicher Aufenthalt eines der (künftigen) Ehegatten bei Wahl

b) Staatsangehörigkeit eines der (künftigen) Ehegatten bei Wahl

mehrfache StA: Jedenfalls EU-StA sind gleichwertig

Wirkung in Zukunft, bei Vereinbarung auch rückwirkend

Abs 2

Ansprüche Dritter bei Rückwirkung unberührt

Abs 3

Art 23

Form:

Schriftform, auch Textform (E-Mail)

Abs 1

Zusätzliche Form (**fehlt im IntGüG/IntGüRVG**)

- Staat gewöhnlichen Aufenthaltes beider Ehegatten

Abs 2

- Alternativ bei Aufenthalt in zwei Mitgliedstaaten

Abs 3

- Aufenthaltsmitgliedstaat eines Ehegatten, wenn

anderer gew Aufenthalt in Drittstaat hat

Abs 4

# Ehegüterstatut

Gilt nur für Überleitung, die bis 28.1.2019 erfolgt ist

Vertriebene/Flüchtlinge

Flucht, Vertreibung etc

Keine Versteinerung auf BGB vor 1945

keine Änderung, da unwandelbar

Deutsches Güterstatut

Seit 1945 überlagert durch DDR oder Staaten in besetzten Gebieten des D.R. [1938]

VFGüG 1969:  
Überleitungslösung mit Widerspruchsvorbehalt

- beide Ehegatten in die Bundesrepublik gelangt
- lebten bisher in einem gesetzlichen Güterstand
- kein Ehegatte widerspricht der Überleitung

- Statutenwechsel zu BGB (Zugewinnngemeinschaft) ab 6.8.1969 bzw ab 4. Monat seit Zuzug

# Ehegüterstatut

Intertemporales Recht 1986

Art 220 Abs 3

Art 117 Abs 1 GG

~~Art 15 aF Ehemann~~

Nichtig seit 1.4.1953

BVerfG  
8.4.1983

1.4.1953



Art 15 nF (1986)

220 Abs 3 S 1

Art 15 aF  
Rechtswahl möglich

220 Abs 3 S 5

Eheschließungszeitpunkt

220 Abs 3 S 6

? Abs 3 S 1 Nr 3: 3 Abs 2 GG ??

? Abs 3 S 1 Nr 2: Rechtswahlrelevanz bloßen „Ausgehens“?

? Wirkung des Statutenwechsels am 9.4.1983 220 Abs 3 S 2

BGH: Keine Abrechnung des alten Güterstatuts: Art 14 GG ??

# Schutz Dritter im Ehegüter/Ehewirkungsrecht

Art 16 aF  
bis 28.1.2019

Abs 1

Ausländisches  
Ehegüterstatut

+

Ein Ehegatte hat  
inländischen gewöhnlichen Aufenthalt  
oder  
inländisches Gewerbe

§ 1412 BGB analog:  
güterrechtliche  
Einwendungen setzen  
Eintragung im  
Güterrechtsregister  
voraus

auch fremder gesetzlicher Güterstand ist  
einzutragen, wenn er Verfügungen  
beschränkt (zB *comunione dei beni c.c.*)

Ausländisches  
Ehewirkungsstatut

§ 1357 BGB auf Rechtsgeschäfte in D  
§ 1362 BGB auf bewegliche Sachen in D  
§§ 1431, 1456 auf Erwerbsgeschäfte in D

Abs 2 - nur zugunsten Dritter -

Wegfall: Offenbar übersehen, dass Art. 16 aF auch Art. 14 betrifft!!

# Schutz Dritter im Ehegüter/Ehewirkungsrecht

EU-EheGüterVO

Ab 29.1.2019

Art 28 Abs 1

Güterstatut erfasst zwar Wirkungen gegenüber Dritten (Art 27 lit f)

Aber Ehegatte kann dies Dritten nur entgegenhalten bei Kennen oder Kennenmüssen

Art 28 Abs 2

Vermutung der Kenntnis:

- wenn Ehegüterstatut ein Recht in lit a, oder
- Publizität des Güterstandes nach Recht in lit b

Art 28 Abs 3

Falls Entgegenhalten gem Abs 1 nicht zulässig

- Wirkungen unterliegen Vertragsstatut, oder
- Belegenheits-/Registerrecht bei Immobilien/registrierten Vermögenswerten

# Scheidungsstatut ab 21.6.2012

VO EG  
1259/2010

Qualifikation: Ehescheidung und –  
trennung (Art 1 I)

Eheaufhebung

Klarstellend: Art 1 II

Loi uniforme Art 4 – Sachnormverweisung Art 11

Rechtswahl Art 5

- Gemeinsamer gew Aufenthalt bei Wahl
- Letzter gem. gew. Aufenthalt bei Wahl
- Staatsangehörigkeit eines Ehegatten b.W.
- lex fori

Rechtswahlstatut Art 6  
Form Art 7

Gesetzliche  
Anknüpfung Art 8

- Gemeinsamer gew. Aufenthalt bei Antrag
- Letzter gem. gew. Aufenthalt vor Antrag
- Gemeinsame Staatsangehörigkeit b. Antrag
- lex fori
- Umwandlung von Trennung: Art 9

Wenn danach Unscheidbarkeit: lex fori (Art 10)

## Keine Privatscheidung (Rechtsgeschäft) im Inland

- Art 17 Abs 2 aF [ab 29.1.2019 Abs 3]: keine Privatscheidung im Inland
- Anwendung Privatscheidungsnorm als Scheidungstatbestand

## Auf Privatscheidung zur Anerkennung anwendbares Recht

- Anerkennung Privatscheidung im Ausland:
  - formell § 107 FamFG, materiell jedoch IPR
- Vor Rom III-VO: Art 17 Abs 1 aF
- EuGH (*Sahyouni*): Rom III-VO nicht auf Privatscheidung
- BGH (*Sahyouni*): Rom III-VO analog (aA OLG München Art 14)
- Ab 29.1.2019: Art 17 Abs 2 nF:
  - Rom III-VO analog mit Modifikationen



# Scheidungs - Folgesachen

Art 17

Verbundsachen (§ 137 FamFG) **im IPR nicht alle** scheidungsrechtlich

Hausrat, Ehewohnung: **Abs 1**  
- soweit nicht Art. 17a  
- spezifische Scheidungsfolgen (mehr?)

jeweils eigene Statuten  
Güterrecht, Unterhalt, Sorgerecht

Versorgungsausgleich im Prinzip: scheidungsrechtlich

- nur wenn regelmäßiges Scheidungsstatut dt Recht

Abs 4 S 1 Hs 1

- und: nur wenn ein Heimatrecht ihn „kennt“ (Prinzip)

Abs 4 S 1 Hs 2

Ausnahme: VA auf Antrag:

kein VA nach Abs 4 S 1, wg  
Scheidungsstatut oder Heimatrecht

aber: Anwartschaften in D

+

VA auf Antrag nach Deutschem Recht

Abs 4 S 2

sofern nicht unbillig

Abs 4 S 2

# Unterhalt

nicht:

Vertraglicher Unterhalt

Rom I VO

Verwandtschaftsverhältnis

als Vorfrage: Art 1 Abs 2 HP

Art 15 EG-UnterhaltsVO (EG Nr 4/2009)  
iVm HUntStProt 2007 (ab 18.6.2011)  
Überleitung: Art 22/ loi uniforme: Art 2

Art 1 HP: Familie, Verwandte, Ehe,  
Schwägerschaft

Art 11 HP: Materielle Reichweite

Anwendbares Recht, soweit nicht Rechtswahl:

Gewöhnlicher Aufenthalt Gläubiger

Nur in den Fällen des Art 4 Abs 1 (E/K, \*/U21, K/E),  
wenn danach nichts: lex fori

wenn Klage im gA-Staat des Schuldners: umgekehrt

wenn danach nichts: Gemeinsames Heimatrecht

Art 7, 8 HP

Art 3 HP

Art 3 Abs 2 HP

Art 3 Abs 3 HP

Art 3 Abs 4 HP

Ausnahme:

Art 6 HP

Alle Fälle außer Kindesunterhalt und (Ex-) Ehegatten:

Einwendung wenn keine Unterhaltspflicht im gms Heimatrecht und  
gew Aufenthaltsrecht des Schuldners

# Ehegattenunterhalt

Art 15 EG-UntVO iV HP

Keine Unterscheidung ehelicher/nachehelicher Unterhalt

Grundsätzlich gilt Art 3 HP und Rechtswahl Art 7, 8 HP

Nach Ehescheidung:  
auch Scheidungsstatut wählbar Art 8 Abs 1 lit d HP

Einwand gegen Art 3- Recht: Engere Verbindung insbesondere zum Recht des letzten gemeinsamen gew. Aufenthalts,

Art 5 HP

# Haager Kinderschutzübereinkommen

Kinder = Art 2 KSÜ

- loi uniforme Art 16

- ersetzt Art 21 EGBGB

- jeweiliger gew Aufenthalt (Abs 1, 4)

- kein Verlust bei Wechsel (Abs 3)

IPR elterliche Verantwortung  
kraft Gesetzes:

Schutzmaßnahme Art 1,3 (+),4 (-): bei gew Aufenthalt in Vertragsstaat

Zuständigkeit

Anwendbares Recht =  
lex fori Art 15 Abs 1

Gewöhnlicher Aufenthaltsstaat

Art 5 KSÜ

Sonstiger Sta

Dauerhaft  
Anerkennung

Art 8, 9 KSÜ

Übernahmesystem

Vorübergehend bzw  
keine Anerkennung

Bestand der Maßnahme

Schlichter Aufenthaltsstaat

Art 12 KSÜ nur vorläufig u beschränkt

Jeder Vertragsstaat

Art 11 KSÜ Eilmaßnahmen

# Ausweichklausel

Vaterschaft zu ghanaischem Kind in Deutschland anerkannt

Kriterium

Recht

Problem

Ghana

Erreichbarkeit  
Feststellbarkeit

Art 23 Zustimmung:  
kumulativ Heimatrecht

Ausweichrecht

Rechtsfolge

§ 1595  
BGB

Anerkennung  
wirksam

# Abstammungsstatut

Art 16 KSÜ

Eltern/Kind-Verhältnis

Art 20

Anfechtung

Art 19

Abstammung

Gesetzl Vermutungen

Anerkennung

gerichtliche Feststellg

Art 23

Zustimmung zur

Wandelbar  
Feststellungs-  
zeitpunkt

Alternative Anknüpfung

Abs 1 S 1

Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes

Abs 1 S 2

Zu jedem Elternteil: dessen Heimatrecht

Abs 1 S 3

Wenn Mutter verheiratet: Ehwirkungsstatut

Unwandelbar  
„Geburt“

Keine Wahl, nur Art 14 Abs 1aF/Art 14 Abs 2 nF

Zweck der Alternativen:

Deutsches Recht will Abstammung anerkennen

BGH:

- kein Ermessen („kann“)

- zeitliche Priorität: Sperrwirkung früherer Vaterschaft

# Abstammungs-Anfechtungsstatut

Art 20

Ziel: Begünstigung der  
wirklichen Abstammung  
„favor veritatis“



Alternative  
Anknüpfungen

§ 1

Jedes Recht nach dem die Abstammung besteht

unwandelbar  
bzgl Art 19

Beseitigung nach **einem** Recht genügt, auch wenn sie nach 2 oder 3 der in Art 19 berufenen Rechte besteht!

§ 2

Kind kann auch nach seinem gew.Aufenthaltsrecht anfechten

wandelbar  
g.Aufenthalt

Verhindert ordre public-Verstöße, wenn Kind in D lebt:  
Verwirklichung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung  
BGH: Gilt auch für § 1599 Abs 2 BGB(zweifelhaft!)

# Adoptionsstatut

Art 22 nF  
zum 31.3.2020

Adoption im Inland: Deutsches Recht

Abs 1 S 1

Abs 1 S 2

Adoption im Ausland: Gewöhnlicher Aufenthalt des Anzunehmenden

Abs 1 S 2 an sich als Übergang zum Aufenthaltsprinzip geplant,  
neben Abs 1 S 1 aber nur noch bedeutsam für Anerkennung von  
Vertragsadoptionen

Abs 2

Qualifikation: Herstellung einer Verwandtschaftsbeziehung  
einerlei, ob Dekret, Vertrag, einseitige WillensE  
Voraussetzungen und unmittelbar statusgestaltende  
Rechtswirkungen

Weitere familien-, erb- und  
staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen:

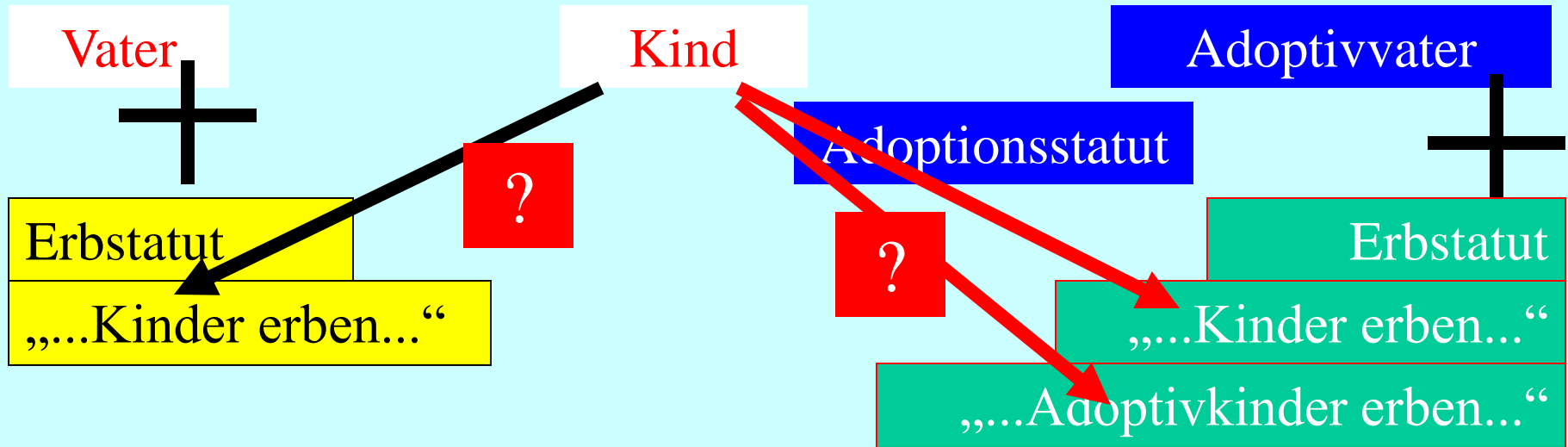
jeweiliges Statut

Aber: Abs 3 nF



# Adoption

Substituierbarkeit in ein anderes Statut



jeweiliges Erbstatut bestimmt, wer Erbe wird

Vergleich mit dem Adoptionsstatut entscheidet über Gleichwertigkeit  
**Aber: Art 22 Abs 3 bei deutschem Erbstatut**

Adoption als Vorfrage im Namens- und Staatsangehörigkeitsrecht

Unselbständige Anknüpfung Namensstatut bzw betroffener Staat entscheidet, ob Adoption anderen Rechts genügt

# Anerkennung ausländischer Adoption

insb: Adoption durch Deutsche im Ausland

## Vertragsadoption

rechtsgeschäftliche Adoption  
Registrierung deklaratorisch



Wirksamkeitsprüfung nach dem  
Adoptionsstatut (Art 22 Abs 1)  
Adoption vor 29.01.2019:  
Art 229 § 47 Abs 4)

daher nur wirksam, nach  
Tatbestand Adoptionsstatut

bei deutschem Adoptionsstatut  
ist jede Vertragsadoption  
unwirksam: § 1752 Abs 1 BGB

## Dekretadoption

Konstitutive ausländische  
**Entscheidung**



Anerkennung nach §§ 108, 109  
FamFG (verfahrensrechtlich)

Keine Prüfung, ob das richtige  
Adoptionsstatut angewendet  
wurde

**nur ordre public**

Wirkungen nur nach im Ausland  
angewandtem Recht  
keine Transformation in  
BGB- Adoption

## Art. 17 b

# Eingetragene Lebenspartnerschaft

Begriff: LPartG – fraglich, ob auch für verschiedengeschlechtliche Formen ausländischen Rechts (zB PACS)

Begründung, Auflösung, Wirkungen: Registerrecht (Art 17 b Abs 1 S 1)  
VA: Registerrecht, aber Art 17b Abs 1 S 2, 3 –wie Art 17 Abs 4 für Ehe

Güterrecht:

bis 28.1.2019: Registerrecht (Art 17 b Abs 1 S 1 aF, Art 229 § 47 Abs 3)

ab 29.1.2019: EU-ELP-GüVO (bei ELP iSd LPartG nur Rechtswahl)

Namensstatut: Art 10 Abs 2 entsprechend (Art 17 b Abs 2)

Unterhaltsstatut: Allgemeine Regeln, Haager Protokoll

Erbstatut: Allgemeine Regeln, vormals Hilfsanknüpfung an Registerrecht (Art. 17 b Abs 1 S 2aF), nun von EU-ErbVO verdrängt

# Nicht verschiedengeschlechtliche Ehe

Anwendungsbereich: Ehegatten gleichen Geschlechts oder zumindest ein Ehegatte weder weiblich noch männlich (Art 17b Abs 4)

Begründung, Auflösung, Wirkungen:

- Registerrecht (Art 17 b Abs 4 S 1 iVm Abs 1)
- aber: Ehescheidung analog Rom III-VO
- Ehegüterstatut analog EU-EheGüVO (Eingehung ab 29.1.2019)
- Art. 17b Abs 5:  
entsprechende Anwendung: Art 13 Abs 3, Art 17 Abs 1-3; Art 19 Abs 1 S 3, Art 22 Abs 3 S 1 (nF!) Art 46e

Namensstatut: Art 10 Abs 2 analog (Art 17 b Abs 4 S 1 iVm Abs 2)

Unterhaltsstatut: Allgemeine Regeln, Haager Protokoll

Erbstatut: Allgemeine Regeln, vormals Hilfsanknüpfung an Registerrecht (Art. 17 b Abs 1 S 2aF), nun von EU ErbVO verdrängt

# Erbstatut Erbfall bis 16.8.2015

Art 25

Heimatrecht im Zeitpunkt des Todes

Abs 1

Grundsätzlich einheitlich für gesamten Nachlass

Abs 2

Spaltung durch Rechtswahl  
nur für deutsche Grundstücke

Spaltung aufgrund renvoi  
zB englisches oder US Erbstatut

Qualifikation:

gesetzliche Erbfolge

Testament **aber Art 26 Abs 5**

Erbvertrag

Pflichtteil, Noterbrecht

Annahme, Anfall,  
Ausschlagung

Lebzeitige Verfügungen auf Todesfall:  
**Abgrenzung** nach Erbstatut **strittig**

Güterrechtlicher Ausgleich im Todesfall:  
Ehegüterstatut

Übergang von Personengesellschaftsanteilen:  
Gesellschaftsstatut entscheidet **ob vererblich**  
Erbstatut entscheidet, wer erbt und Pflichtteile

# Erbstatut Erbfall ab 17.8.2015

Art 20 ff EU-ErbVO  
(650/2012)

Loi uniforme: Auch Recht von Nichtmitgliedstaat

Art 20

Einheitlich für gesamten Nachlass

- keine Spaltung durch Rechtswahl

- Aber: Spaltung durch Rückverweisung möglich (Art 34)

Anknüpfung: letzter gewöhnlicher Aufenthalt

Art 21 Abs 1

Auflockerung: offensichtlich engere Verbindung

Art 21 Abs 2

Rechtswahl: Heimatrecht in Form VvTdwg

Art 22

Qualifikation Art 23

letztw Verfügung

Art 24-26

Aufzählung in Art 1 Abs 2

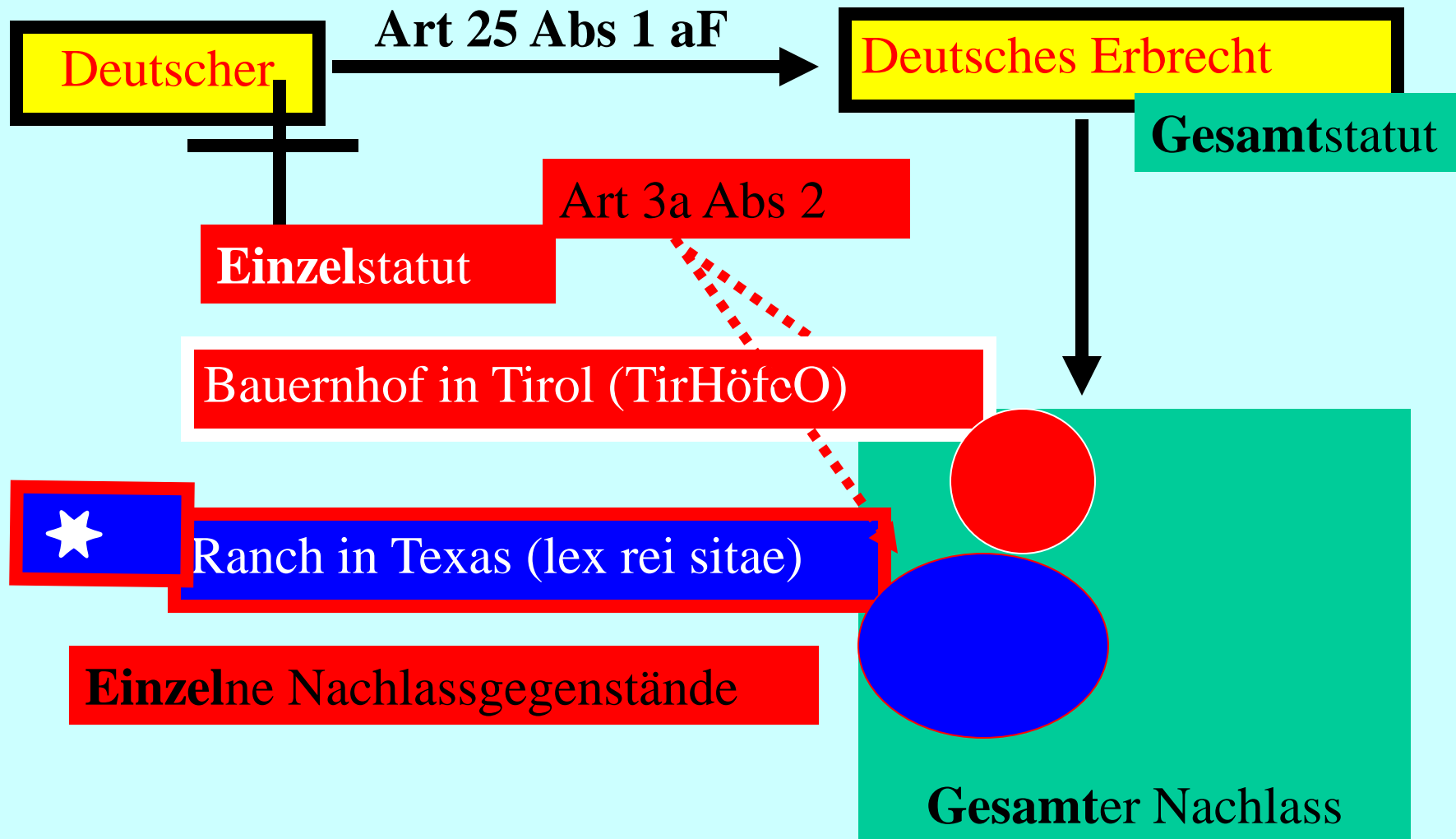
Lebzeitige Verfügungen auf Todesfall

Güterrechtlicher Ausgleich: Ehegüterstatut

Übergang von Personengesellschaftsanteilen:  
Gesellschaftsstatut entscheidet **ob vererblich**

Erbstatut entscheidet, wer erbt und Pflichtteile

# Vorrang des Einzelstatuts



Unter EU-ErbVO nur bei Bestimmungen iSd Art 30 EU ErbVO

# Materielles Testamentsstatut EGBGB

Art 26 Abs 5

Erbstatut (Art 25 aF):  
Zulässigkeit letztwilliger  
Verfügung, Beschränkungen,  
Pflichtteil...

Nur Sonderanknüpfung für  
Einzelfragen der materiellen  
Testamentswirkungen

Abs 5 S 1

Gültigkeit:  
Testierfähigkeit  
Erbvertrag  
gms Testament

Fiktives Erbstatut im  
Errichtungszeitpunkt

Bindung

Widerruflichkeit  
insb Erbverträge

keine Beeinflussung  
**konkreter Verfügung**  
durch Statutenwechsel

Abs 5 S 2

Testierfähigkeit zusätzlich **abstrakt** statutenwechselfest:  
Einmal erlangte Testierfähigkeit bleibt auch bei Wechsel des  
Personalstatuts (Verallseitigung)



# Materielles Testament/Erbvertragsstatut

Abgrenzung Testament – Erbvertrag - gemeinschaftliches Testament: Bindung?	Art 24 Art 25 Abs 2?
Testament Zulässigkeit, Wirksamkeit (=Art 26) - potentielles Erbstatut - isolierte Rechtswahl - Ebenso für Änderung/Widerruf	Art 24 Abs 1 Abs 2 Abs 3
Einseitig verfügender Erbvertrag - Zulässigkeit/Wirksamkeit potentielles Erbstatut	Art 25 Abs 1
Mehrseitig verfügender Erbvertrag - Zulässigkeit: Kumulation der potentiellen Erbstatute - Wirksamkeit/Bindung: engste Verbindung - gemeinsame Rechtswahl eines Heimatrechts	Art 25 Abs 2 (1) Abs 2 (2) Abs 3

# Testamentsformstatut

A

Haager  
TestamentsformÜbk

favor validitatis  
testamenti

Art 1 Übk

alternativ

- a) Errichtungsort
- b) ein Heimatrecht  
(Errichtung oder Tod)
- c) ein Wohnsitz
- d) ein gew. Aufenthalt
- e) lex situs bei Immobilien

Qualifikation:

Art 5 Übk

Form  
auch Besonderheiten mit Bezug auf Alter, StA etc

zB § 2247 Abs 4

Art 4 Übk

auch Form gemeinschaftlicher Verfügungen  
aber nur, soweit materiell zulässig

Art 2  
iVm 1 Übk

Widerruf: jede Form des Widerrufstestament

Art 27 EU-ErbVO für D nicht anzuwenden: Art 75 Abs 1 (2)  
es bleibt also beim Haager Testamentsformübereinkommen

# Anpassung/Angleichung

eine Rechtsordnung insgesamt

eine Lösung

Regelungsfrage

Vermögensbeteiligung Ehegatte

Erbstatut

Statut 1

zwei Lösungen:

Normenhäufung

große Ehegattenerbquote

Gütergemeinschaft

Keine Lösung:

Normenmangel

Gütertrennung

keine Ehegattenerbquote

Statut 2

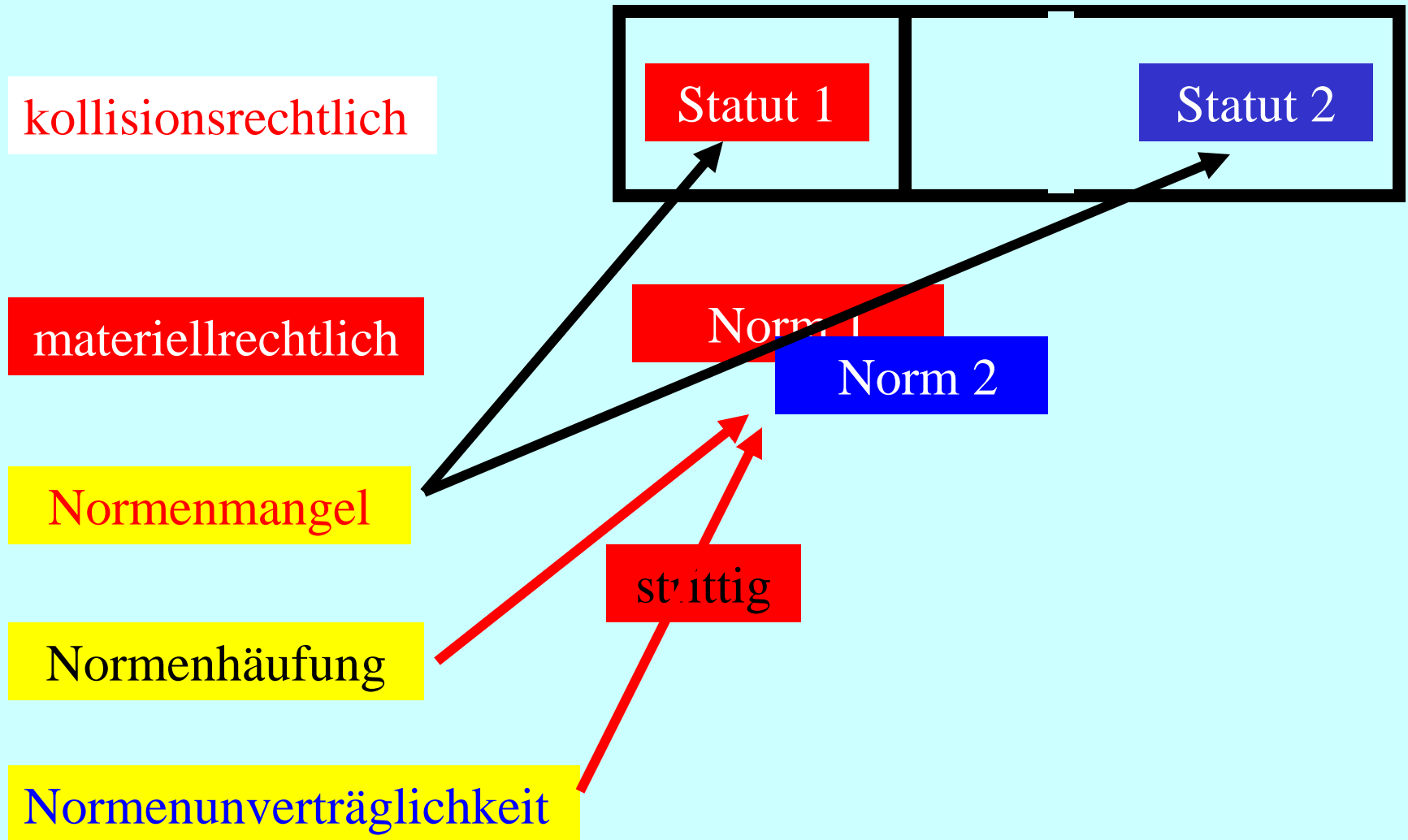
Güterstatut

unverträgliche Lösung

Normenunverträglichkeit

testamentary trust  
an deutschem Grundstück

# Anpassung: Lösungen



# Ordre public Art 6 und in EG/EU-Verordnungen

Deutsches IPR



Lücke

Art 6

konkreter Sachverhalt

konkretes Ergebnis

ausreichender  
Inlandsbezug

+

unvereinbar mit wesentlichen  
Grundsätzen des deutschen  
Rechts, insbes Grundrechte

Lückenfüllung:

konforme Grundsätze des  
eigentlich anwendbaren Rechts

nur ausnahmsweise:  
Deutsches Recht